

VI. EKKI

Zum Bericht der Exekutive

Genossen, wir haben hier einen Thesenentwurf und einen Bericht der Exekutive vor uns, doch ist es nicht möglich, denke ich, unsere Diskussion darauf zu beschränken.

In den letzten Jahren hatte ich auf den Sitzungen der Internationale Gelegenheit, Thesen und Erklärungen beizustimmen, die, unter den gegebenen Umständen, sehr gut und zufriedenstellend waren. Wenn wir uns die Tätigkeit der Internationale insgesamt anschauen, hat die Praxis jedoch nicht immer den Erwartungen entsprochen, die durch die Thesen in uns geweckt worden waren. Es ist deshalb unverzichtbar, die Entwicklung der Internationale unter einem dreifachen Aspekt zu diskutieren und kritisch zu prüfen: dem der Ereignisse seit dem letzten Kongress, dem der Perspektiven der Internationale und dem der vor uns liegenden Aufgaben.

Die Lage, in der sich die Internationale befindet, ist, das muss ich aussprechen, nicht zufriedenstellend. In gewisser Hinsicht stehen wir vor einer Krise. Einer Krise, die sich nicht erst heute zeigt, sondern schon lange besteht. Das sagen nicht bloß wir und einige Gruppen der äußersten Linken. Das Bestehen der Krise zeigt sich in den Tatsachen selbst und sie wird auch von allen zugegeben. Sehr oft, insbesondere an Wendepunkten in unserer täglichen Praxis, werden neue Losungen ausgegeben, womit ja implizit eingestanden wird, dass unserer Arbeitsweise einer generellen Änderung bedarf. Gerade jetzt wird erklärt, es handle sich nicht darum, unsere Arbeit zu überprüfen, alles sei in Ordnung. Es gibt jedoch einen augenscheinlichen Widerspruch in dem Ganzen. Um zu zeigen, dass alle und nicht nur die unzufriedenen Ultralinken Abweichungen und eine Krise in der Internationale konstatieren, wollen wir kurz die Geschichte unserer Internationale und ihrer verschiedenen Etappen Revue passieren lassen.

Nach dem Bankrott der II. Internationale wurde die Kommunistische Internationale gegründet, und ihre Losung war, dass sich das Proletariat kommunistische Parteien schaffen müsse. Alle waren sich über das Vorhandensein der objektiven Bedingungen für den revolutionären Entscheidungskampf einig: uns fehle jedoch das Organ für diesen Kampf. Man sagte damals: Die objektiven revolutionären Voraussetzungen sind da und wenn wir kommunistische Parteien hätten, die wirklich fähig wären, eine revolutionäre Tätigkeit zu entfalten, seien alle notwendigen Vorbedingungen für einen vollständigen Sieg gegeben. Aufgrund der Erfahrungen, vor allem aber infolge der Märzaktion im Jahre 1921 in Deutschland war die Internationale auf dem III. Kongress gezwungen festzustellen, dass die Bildung kommunistischer Parteien doch nicht ausreicht. Die deutsche Partei hatte geglaubt, den Kampf aufnehmen und eine Offensive starten zu können, erlitt jedoch eine Niederlage. Damit konfrontiert, hieß es jetzt, das Bestehen kommunistischer Parteien reiche nicht aus, wenn die objektiven Bedingungen für den Kampf fehlten. Die Frage der revolutionären Aktion stand also immer noch im Raum, obschon ja in fast allen Ländern ziemlich starke Sektionen der KI entstanden waren. Es ist nicht in Rechnung gestellt worden, vor einer solchen Offensive breite Massen gewinnen zu müssen; auch die stärkste kommunistische Partei kann, in einer allgemein revolutionären Lage, nicht durch einen bloßen Willensakt die für einen Aufstand notwendigen Vorbedingungen und Faktoren herbeizaubern, wenn sie es zuvor nicht vermochte, breite Massen um sich zu sammeln.

Dies war also eine Etappe, in der die Internationale anerkannte, dass vieles zu ändern war. Es wird immer erklärt, der Gedanke der Einheitsfront sei bereits auf dem III. Kongress aufgetaucht und dann, auf Grundlage der von Lenin auf demselben Kongress geschilderten politischen Lage, auf den folgenden Sitzungen der Erweiterten Exekutive formuliert worden. So wird die Sache aber nicht richtig wiedergegeben, denn inzwischen war die Situation eine andere. In der Periode, in der eine objektiv günstige Lage bestand, waren wir nicht imstande, die direkte Methode anzuwenden und die Offensive gegen den Kapitalismus einzuleiten. Nach dem III. Kongress ging es nicht mehr einfach darum, die Massen zu gewinnen, um dann eine zweite Offensive zu starten. Denn die Bourgeoisie war uns zugekommen: Jetzt war sie es, die in den wichtigsten Ländern die Offensive gegen die Arbeiterorganisationen und die kommunistischen Parteien eröffnete. Die Taktik der Eroberung der Massen für die Offensive, wovon auf dem III. Kongress die Rede gewesen war, schlug in eine Taktik der Defensive gegen die von der kapitalistischen Bourgeoisie entfesselte Aktion um. Die Taktik der Einheitsfront wurde damals folgendermaßen aufgefasst: Diese Tak-

tik ergibt sich, zusammen mit dem entsprechenden Aktionsplan, aus der Untersuchung des Charakters der feindlichen Offensive, und sie wird jenes Sammeln des Proletariats bewirken, das allein ermöglicht, die Massen zu erobern und in naher Zukunft zur Gegenoffensive überzugehen.

Unnötig zu sagen, dass ich hiermit nichts gegen die Thesen des III. Kongresses über die notwendige Geschlossenheit der Massen einzuwenden habe; wenn ich diese Frage anspreche, dann um zu zeigen, dass die Internationale wieder einsehen musste, nicht reif genug für die Führung des Kampfes des Weltproletariats zu sein.

Die Einheitsfronttaktik führte zu rechten Abweichungen, die nach dem III. und mehr noch nach dem IV. Kongress immer klarer zutage traten. Diese von uns angewandte Taktik, die nur in einer Defensivphase richtig ist, also in einer Zeit, in der die Zersetzungskrise des Kapitalismus weniger akut ist, diese Taktik ist ernsthaft degeneriert. Unserer Meinung nach wurde sie angenommen, ohne sie genau zu präzisieren. Wir haben nicht vermocht, den spezifischen Charakter der Kommunistischen Partei zu wahren. Ich habe nicht vor, meine Kritik an der Umsetzung der Einheitsfronttaktik seitens der Mehrheit der KI zu wiederholen. Solange es darum ging, unseren Kampf auf den Boden der wirtschaftlichen Tagesforderungen und der infolge der kapitalistischen Offensive auftretenden Grundbedürfnisse der Arbeiterschaft zu stellen, hatten wir keine Einwände. Als aber unter dem Vorwand, es handele sich nur um eine Übergangsstufe, um unseren Weg zur Diktatur des Proletariats fortzusetzen, und der Einheitsfront neue Prinzipien zugrunde gelegt wurden – d.h. direkt mit Staatsmacht und Arbeiterregierung in Zusammenhang gestellte Prinzipien –, haben wir uns widersetzt und gesagt: Jetzt überschreiten wir die Grenzen der richtigen revolutionären Taktik.

Wir Kommunisten wissen sehr wohl um die historische Entwicklung der Arbeiterklasse zur Diktatur des Proletariats; hier jedoch geht es um eine Aktion zur Gewinnung breiter Massen, und um diese zu erreichen, genügt keine bloße ideologische Propagandaformel. Soweit wir zur Bildung des revolutionären Bewusstseins der Massen beitragen können, werden wir es kraft unserer Auffassung und unseres Verhaltens in jeder Phase des Entwicklungsganges tun. Daraus folgt, dass dieses Verhalten nicht in Widerspruch zum schließlich entscheidenden Kampf geraten darf, d.h., den Zweck, für den unsere Partei spezifisch geschaffen wurde. Eine Agitation auf dem Boden einer Losung wie die der Arbeiterregierung kann nur Verwirrung bei den Massen und sogar bei der Partei und ihrem Generalstab stiften.

Wir haben all das im Vorhinein kritisiert und ich beschränke mich hier darauf, unsere damalige Bewertung in allgemeinen Zügen wiederzugeben. Als die Fehler auf dem Tisch lagen, zu denen diese Taktik geführt hatte, vor allem nach der Oktoberniederlage 1923 in Deutschland, gestand die Internationale ein, Fehler gemacht zu haben. Es war aber nicht bloß ein kleiner Zwischenfall. Es war ein Fehler, den wir mit der Hoffnung bezahlen mussten, nach der ersten proletarischen Revolution in einem großen Land ein weiteres wichtiges Land zu erobern, was hinsichtlich der Weltrevolution von ungeheurer Bedeutung gewesen wäre.

Leider zogen wir daraus nicht den Schluss, die Beschlüsse des IV. Weltkongresses grundsätzlich zu revidieren, sondern nur bestimmte Genossen abzusetzen, die es nicht verstanden hätten, die Einheitsfronttaktik richtig anzuwenden – nötig sei nur, die Verantwortlichen zu finden. Man fand sie im rechten Flügel der deutschen Partei und hat nicht sehen wollen, dass die gesamte Internationale die Verantwortung dafür trägt. Dennoch wurden die Thesen einer Revision unterzogen und die Losung der Arbeiterregierung umdefiniert.

Warum waren wir mit den Thesen des V. Kongresses nicht einverstanden? Weil die Revision nicht reichte; die einzelnen Thesen hätten besser ausgearbeitet werden müssen. Aber vor allem waren wir gegen die Beschlüsse, weil sie die gewichtigen Fehler nicht beseitigten und weil es nicht gut ist, die Frage darauf zu reduzieren, Einzelnen den Prozess zu machen, wo doch eine Änderung in der Internationale selbst notwendig wäre. Man wollte diesen heilsamen und mutigen Weg nicht gehen. Wir haben wiederholt den parlamentarischen und diplomatischen Geist kritisiert, der in unserer Arbeitsatmosphäre genährt wird. Die Thesen sind sehr links, die Reden dito, selbst diejenigen, gegen die sie sich richten, stimmen ihnen zu, weil sie glauben, sich so dagegen zu immunisieren. Wir haben uns aber nicht einfach an den reinen Text

gehalten; wir haben vorausgesehen, was nach dem V. Kongress geschehen würde, und konnten deshalb mit ihm nicht zufrieden sein.

Ich möchte festhalten, dass wir uns mehrmals zu einer gründlichen Änderung der Linie gezwungen sahen. Das erste Mal war die Frage der Eroberung der Massen, das zweite Mal die Taktik der Einheitsfront nicht verstanden worden; auf dem V. Kongress, 1924, wurde die bis dahin geltende Linie grundlegend geändert. Und es ging weiter so: Im März 1925 stellen wir wieder fest, dass alles schlecht läuft. Sechs Jahre, hieß es, sind seit der Gründung der Internationale vergangen, aber keiner ihrer Parteien ist es gelungen, die Revolution zu machen. Ja sicher, die Situation hat sich verschlechtert, der Kapitalismus sich stabilisiert. Dessen ungeachtet wird erklärt, in der Tätigkeit der Internationale müssten sich viele Dinge ändern. Noch wurde nicht richtig verstanden, was zu tun ist, doch schon wurde die Losung der Bolschewisierung ausgegeben. Unglaublich, aber wahr: Seit dem Sieg der russischen Bolschewisten sind acht Jahre vergangen und jetzt muss festgestellt werden, dass die anderen Parteien nicht bolschewistisch sind! Dass eine radikale Änderung notwendig ist, um sie auf die Höhe der bolschewistischen Partei zu bringen! Und vorher hat das keiner gesehen?

Man entgegnet uns: Warum habt Ihr denn nicht gleich auf dem V. Kongress gegen diese Losung der Bolschewisierung Protest erhoben? Nun, was hätte man dagegen haben sollen, als es hieß, die anderen Parteien hätten die revolutionäre Fähigkeit zu erwerben, die der bolschewistischen Partei den Sieg ermöglicht habe. Doch jetzt geht es nicht nur um eine einfache Losung, um eine Parole. Wir sehen uns jetzt Tatsachen gegenüber und haben Erfahrungen gemacht und es ist notwendig, die Bilanz der Bolschewisierung zu ziehen und zu sehen, worin sie bestanden hat.

Ich behaupte, diese Bilanz ist unter verschiedenen Aspekten negativ. Das Problem, das zu lösen war, ist nicht gelöst worden; mit der Bolschewisierung der Parteien haben wir keinerlei Fortschritte gemacht.

Die Frage ist unter verschiedenen Gesichtspunkten zu sehen. Zunächst unter dem historischen. Es gibt nur eine Partei, die den revolutionären Sieg errungen hat, nämlich die bolschewistische. Um zu siegen, ist ungeheuer wichtig, dem gleichen Weg zu folgen, den die russische Partei genommen hat. Das ist nur zu wahr, genügt aber nicht. Dass der russische Weg nicht alle Züge der geschichtlichen Entwicklung, die vor den anderen Parteien liegt, aufweisen kann, ist nicht zu leugnen. Die russische Partei kämpfte in einem Lande, in dem die liberale bürgerliche Revolution noch nicht vollendet war; sie kämpfte unter besonderen Verhältnissen, d.h. in einem Land, in dem die feudale Autokratie von der kapitalistischen Bourgeoisie noch nicht geschlagen worden war. Zwischen dem Sturz der feudalen Autokratie und der Eroberung der Macht durch das Proletariat lag eine zu kurze Periode, als dass diese Entwicklung mit der verglichen werden könnte, die die proletarische Revolution in den anderen Ländern durchlaufen muss. Die Zeit war zu kurz, als dass auf den Trümmern des zaristischen und feudalen Staatsapparates ein bürgerlicher Staatsapparat hätte errichtet werden können. Der Prozess in Russland kann daher nicht die grundlegenden Erfahrungen darüber vermitteln, wie das Proletariat den kapitalistischen, liberalen, parlamentarischen, modernen Staat, der seit vielen, vielen Jahren besteht und die Fähigkeit besitzt, sich zu verteidigen, zerschlagen muss. Unter dem Gesichtspunkt der Theorie ist die Tatsache, dass die russische Revolution trotz dieser Unterschiede unsere Lehre, unser Programm, unsere Auffassung über die historische Aufgabe der Arbeiterklasse bestätigt hat, um so bedeutsamer, als die russische Revolution, mit der Kommunistischen Partei, selbst unter diesen besonderen Bedingungen zur Machteroberung und zur Diktatur des Proletariats geführt hat. Der revolutionäre Marxismus ist damit auf die großartigste Art und Weise bestätigt worden.

Unter dem Aspekt der Theorie ist eben dies von entscheidender Bedeutung; was jedoch die Taktik angeht, genügt es nicht. Wir müssen wissen, wie der moderne bürgerliche Staat anzugreifen ist, ein Staat, der sich militärisch noch besser verteidigt als sich die zaristische Autokratie zu verteidigen vermochte, und außerdem noch auf die ideologische Mobilisierung und defätistische Indoktrinierung des Proletariats baut. In der Geschichte der KPR stellte sich diese Frage nicht, und wenn die Bolschewisierung in dem Sinne ausgelegt wird, die Lösung aller strategischen Probleme des revolutionären Kampfes von der russischen Partei zu erwarten, so ist das ein sehr unzureichendes Verständnis von Bolschewisierung. Die KI braucht eine breitere Auffassung, sie braucht für die strategischen Fragen Lösungen, die außerhalb des Radius der russischen Erfahrung liegen. Diese muss natürlich voll ausgeschöpft werden, nichts davon darf abgetan werden, wir müssen sie stets vor Augen haben, doch brauchen wir auch weitere Elemente aus den Erfah-

rungen, die die Arbeiterklasse im Westen macht. Das ist das, was unter historischem und taktischem Aspekt über die Bolschewisierung zu sagen ist. Die Erfahrung bezüglich der Taktik in Russland hat uns nicht gezeigt, wie wir im Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie vorzugehen haben; sie gibt uns keinen Begriff von den Schwierigkeiten und den Aufgaben, die in der Entwicklung des proletarischen Kampfes in unseren Ländern auf uns warten.

Eine andere Seite der Bolschewisierung ist die Frage der Reorganisierung der Parteien. Im Jahr 1925 wird urplötzlich erklärt: Die ganze Organisation der Sektionen der Internationale ist falsch. Das ABC der Organisation ist noch nicht umgesetzt worden. Wir haben alle Fragen auf den Tisch gelegt, nur das Wesentlichste ist noch nicht getan – die Frage unserer innerparteilichen Organisation wurde nicht gelöst. Es wird demnach zugegeben, in eine ganz falsche Richtung gegangen zu sein. Ich weiß sehr wohl, dass die Losung der Bolschewisierung nicht einfach mit der Organisationsfrage erledigt werden soll. Doch hat die Sache eine organisatorische Seite, und es wurde deutlich gemacht, diese sei die wichtigste. Die Parteien seien nicht so organisiert, wie die KPR organisiert war und ist, denn ihre Grundlage seien nicht die Betriebszellen, sondern sie behielten den Typus der Ortsgruppen bei, der mit den revolutionären Aufgaben völlig unvereinbar und für die parlamentarische sozialdemokratische Partei kennzeichnend sei. Wenn man für notwendig hält, die Parteiorganisation in diesem Sinne umzustellen, und wenn man diese Umstellung nicht als praktische Maßnahme sieht, die für verschiedene Länder unter bestimmten Bedingungen sinnvoll ist, sondern als allgemeine und grundlegende Maßregel für die gesamte Internationale begreift, als Kurskorrektur eines wesentlichen Fehlers, als notwendige Vorbedingung für die Entwicklung unserer Parteien zu wahrhaft kommunistischen Parteien, so können wir damit nicht einverstanden sein. Es ist doch merkwürdig, dass dies nicht schon früher gesehen wurde. Es heißt, der Aufbau nach Betriebszellen sei bereits in den Thesen des III. Kongresses enthalten gewesen. Doch dann wäre zu fragen, weshalb von 1921 bis 1925 gewartet wurde, um das praktisch umzusetzen, was man angibt, beschlossen zu haben.

Die These, nach der die Grundlage der Parteiorganisation einzig die Betriebszelle sein könne, ist theoretisch falsch. Nach Marx und Lenin und aufgrund eines bekannten und genau formulierten Grundsatzes ist die Revolution keine Frage der Organisationsform. Um die Frage der Revolution zu lösen, ist eine Organisationsformel völlig unzureichend. Die Fragen, die sich stellen, sind solche der Macht und nicht der Form. Die Marxisten haben stets die syndikalistischen und halb-utopistischen Schulen bekämpft, die sagten: Man führe die Klasse in einer bestimmten Organisation, in der Gewerkschaft, einer Genossenschaft usw. zusammen, dann wird die Revolution kommen. Heute sagt man oder führt jedenfalls eine Kampagne in diesem Sinne: Man muss die Organisation auf Grundlage der Betriebszellen aufbauen, dann werden wir alle Fragen der Revolution lösen. Und fügt hinzu: Die russische Partei hat die Revolution machen können, weil sie auf eben dieser Grundlage errichtet war.

Man wird sicher sagen, ich überspanne den Bogen, aber so mancher Genosse wird bestätigen, dass die Kampagne mit solchen Thesen geführt wurde. Was uns zu interessieren hat, ist der Eindruck, den diese Thesen in der Arbeiterklasse und bei unseren Parteikämpfern hinterlassen. Was die Zellenarbeit angeht, wurde suggeriert, es sei ein unfehlbares Rezept für den wahren Kommunismus und die Revolution. Ich bestreite nun aber die Notwendigkeit der Betriebszellen als Grundlage der Parteienorganisation. Auch in den Leitsätzen zur Organisation, die Lenin auf dem III. Weltkongress vorgelegt hat, wird mehrfach betont, dass es in Organisationsfragen keine für alle Länder und alle Zeiten gültige prinzipielle Lösung geben kann. Wir leugnen nicht die guten Ergebnisse, die die Betriebszellen als Basis der Parteiorganisation in der besonderen russischen Situation gezeitigt haben. In den ausführlichen Diskussionen vor dem italienischen Parteitag hatten wir bereits festgestellt, dass in Russland verschiedene historische Gründe für die Organisation auf dieser Basis sprachen; darum will ich mich bei diesem Aspekt nicht allzu lange aufhalten.

Warum sind wir der Ansicht, die Betriebszellengrundlage bringe in den anderen Ländern, im Vergleich zur russischen Situation, eher Nachteile mit sich? Zunächst, weil die in den Zellen organisierten Arbeiter nicht in der Lage sind, alle politischen Fragen zu erörtern. Selbst der Bericht des EKKI hält fest, dass sich die Betriebszellen fast nirgendwo mit politischen Fragen befassen konnten. Es heißt, man habe übereilt gehandelt, die Parteien zu schnell umgestellt, doch sei dies bloß ein praktischer, sekundärer Fehler. Es ist aber keine Kleinigkeit, wenn die Partei, die die politischen Fragen zu vermitteln verstand, ihrer Organisationsgrundlage beraubt wird, und die neue Organisationsform nach einem Jahr diese lebenswichtige Funk-

tion noch immer nicht erfüllt. Wenn dies konstatiert werden muss, handelt es sich nicht um einzelne Fehler, sondern um eine ganz falsche Fragestellung. Das können wir nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Frage ist zu wichtig. Wir meinen, es ist kein Zufall, wenn die Betriebszellen sich nicht mit politischen Fragen befassen, denn im engen Betriebsmilieu eines kapitalistischen Landes haben die Arbeiter gar nicht den Raum, sich allgemeine politische Fragen vorzulegen und den Zusammenhang zwischen den Tagesforderungen und der kommunistischen Zielsetzung herzustellen. In einer an den Tagesforderungen interessierten Arbeiterversammlung, worin zudem alle demselben Berufszweig angehören, können natürlich die jeweils aktuellen Probleme diskutiert werden, doch eine grundsätzliche Diskussion über die allgemeinen, die ganze Arbeiterklasse angehenden Fragen kann es hier nicht geben, d.h. eine klassenpolitische Arbeit, wie in der Kommunistischen Partei, kann hier nicht geleistet werden.

Man wird uns entgegnen: Was Ihr fordert, fordern auch alle Rechten: Ihr wollt Ortsgruppen, in deren Versammlungen die Intellektuellen mit ihren langen Reden die gesamte Diskussion beherrschen. Aber diese Gefahr der Demagogie und der Manipulation seitens der Führer besteht immer, es gibt sie, seitdem es eine Arbeiterpartei gibt. Und dennoch haben weder Marx noch Lenin, die sich mit diesem Problem gründlich auseinandergesetzt haben, nie daran gedacht, sie mit Hilfe eines Boykotts der Intellektuellen oder der Nichtproletarier zu bannen. Vielmehr haben sie sogar mehrfach die historisch notwendige Rolle der Deserteure der herrschenden Klasse in der Revolution betont. Im Allgemeinen, das wissen wir alle, dringen Opportunismus und Verrat in die Partei und unter die Massen durch gewisse Führer ein, doch der Kampf gegen diese Gefahr muss auf andere Weise geführt werden. Wenn die Arbeiterklasse auch ohne die ex-bürgerlichen Intellektuellen auskommen könnte, so kann sie doch auf Führer, Agitatoren, Journalisten usw. nicht verzichten, die sie dann zwangsläufig unter den Arbeitern zu suchen hätte. Aber worin soll der Unterschied liegen, was die Gefahr der Korruption und Demagogie zwischen diesen zu Führern gewordenen Arbeitern und den Intellektuellen betrifft? In bestimmten Fällen waren es gerade ehemalige Arbeiter, die in der Arbeiterbewegung die schmutzigste Rolle gespielt haben, das ist allgemein bekannt. Und schließlich – hat sich denn durch die Betriebszellenorganisation, wie sie heute praktiziert wird, die Funktion der Intellektuellen erledigt? Im Gegenteil. Es sind die Intellektuellen, die zusammen mit ehemaligen Arbeitern den Parteiapparat bilden. Die Rolle dieser Personen hat sich nicht verändert, sie ist eher noch gefährlicher geworden. Wenn wir davon ausgehen, dass die Intellektuellen durch ihre Funktionärsposten korrumpiert werden können, dann besteht das Problem nach wie vor, erhalten sie doch eine weit verantwortlichere Stellung als sie in der Vergangenheit hatten: In der Tat haben die Arbeiter in den kleinen Betriebszellenversammlungen praktisch keinen Bewegungsspielraum; dieser Boden reicht nicht mehr aus, um mit ihrem Klasseninstinkt auf die Partei einzuwirken.

Die Gefahr, vor der wir uns hüten müssen, besteht also nicht in einer Beeinflussung durch die Intellektuellen, sondern darin, dass sich die Arbeiter in den Betriebszellen mit nichts anderem als mit den Tagesforderungen und den jeweiligen Betriebsangelegenheiten befassen, und die großen Fragen des allgemeinen revolutionären Entwicklungsganges der Arbeiterklasse nicht gesehen werden. Die neue Organisationsform ist für den Klassenkampf im tiefsten und weitesten Sinne des Wortes jedenfalls weniger tauglich als die Ortsgruppen.

In Russland standen die großen Probleme der revolutionären Entwicklung, die Staatsfrage, die Machtfrage, in jedem Moment auf der Tagesordnung, weil der zaristische feudale Staatsapparat unrettbar dem Untergang geweiht war und weil jede einzelne Arbeitergruppe durch ihre gesellschaftliche Stellung und den administrativen Druck in jedem Augenblick mit diesen Fragen konfrontiert wurde. Die opportunistischen Abweichungen stellten in Russland keine besondere Gefahr dar, denn für eine Korrumpierung der Arbeiterbewegung durch den kapitalistischen Staat fehlte die Grundlage, es fehlten die bürgerlichen Waffen der demokratischen Zugeständnisse und der Illusion der Klassenkollaboration.

Es gibt auch einen Unterschied praktischer Natur. Natürlich müssen wir der Organisation unserer Partei die Form geben, die sich am besten eignet, Repressalien Widerstand zu leisten. Wir müssen uns gegen die Versuche der Polizei, unsere Partei zu zersetzen, wehren können. In Russland war dies eben die Form der Betriebszellenorganisation, denn auf den Straßen, in den Städten, im öffentlichen Leben war die Arbeiterbewegung durch die äußerst harten polizeilichen Maßnahmen praktisch verunmöglicht worden. Es war in der Tat nicht möglich, sich außerhalb der Betriebe zusammenzutun; nur im Betrieb konnten sich die Arbeiter versammeln, ohne überwacht zu werden, und nur im Betrieb wurden die Klassenfragen auf dem

Boden des Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit gestellt. Verglichen mit den liberalen, von Arbeitern und Bourgeois gemeinsam erhobenen Forderungen gegenüber der zaristischen Autokratie, stellten die kleinen wirtschaftlichen, auf Betriebsebene gestellten Forderungen, z.B. die von Lenin aufgeworfene Frage der Geldbuße, fortschrittliche Forderungen dar. Verglichen aber mit der Frage der Machtergreifung im Kampf gegen die Demokratie als Staatsform sind die Tagesforderungen der Arbeiter von geringerer Bedeutung. Und da die Machtfrage ja erst nach dem Sturz des Zarismus gestellt werden konnte, war es notwendig, das Zentrum des Kampfes in den Betrieb zu verlegen, also dorthin, wo die Arbeiterpartei selbständig auftreten und wirken konnte.

Wenn in Russland die Bourgeoisie bzw. die Kapitalisten Verbündete des Zaren waren, waren sie doch zugleich auch diejenigen, die ihn stürzen mussten, die die autokratische Gewalt zu brechen hatten. Deshalb hat es hier keine so starke Geschlossenheit zwischen den Industriellen und dem Staat gegeben, wie in den modernen Ländern, wo die Fraternität zwischen dem Staatsapparat und den Unternehmern absolut ist: es ist ihr Staat, ihre Polizei. Der Staatsapparat erweist sich in der Geschichte als Instrument des Kapitalismus, das den Arbeitgebern die geeigneten und nach den Kapitalbedürfnissen geschaffenen Organe zur Verfügung stellt. Versucht ein Arbeiter im Betrieb, andere Arbeiter zu organisieren, wendet sich der Unternehmer an die Polizei, er setzt Spitzel ein, usw. In den modernen kapitalistischen Ländern ist die Parteiarbeit im Betrieb deshalb ungleich schwieriger. Für die Bourgeoisie ist es ein Leichtes, die Parteiarbeit im Betrieb aufzudecken. Und eben deshalb fordern wir, die Grundlage der Parteiarbeit nicht in den Betrieb, nicht in die Fabrik, sondern nach außen zu verlegen. Ich will hier nur eine kleine Sache anführen. In Italien werden jetzt neue Polizeispitzel angeworben. Die Aufnahmebedingungen sind sehr streng. Denjenigen aber, die einen Beruf haben und im Betrieb arbeiten können, wird der Eintritt erleichtert. Wir sehen also, die Polizei sucht Leute, die in die verschiedenen Fabriken gehen können, um sie zur Aufdeckung der revolutionären Arbeit im Betrieb heranzuziehen. Außerdem haben wir gehört, dass eine antibolschewistische internationale Vereinigung beschlossen hat, sich auf Zellengrundlage zu organisieren, um ein Gegengewicht zur kommunistischen Bewegung zu schaffen.

Noch etwas Anderes: Es war hier die Rede von einer weiteren Gefahr, nämlich der Arbeiteraristokratie. Diese Gefahr ist ja für Perioden charakteristisch, in denen wir vom Opportunismus sowie seiner auf die Korruption der Arbeiterbewegung zielenden Funktion bedroht sind. Nun, der einfachste Weg für das Eindringen des Einflusses der Arbeiteraristokratie in unsere Reihen ist zweifelsohne die auf Betriebszellen gegründete Organisation, denn im Betrieb dominieren unweigerlich jene Arbeiter, die in der Betriebshierarchie einen höheren Rang einnehmen.

Aus all diesen Gründen und ohne daraus eine Frage des Prinzips zu machen, fordern wir, dass aus politischen und technischen Gründen die Organisationsbasis der Partei die Ortsgruppen bleiben. Wer daraus folgert, wir wollten die Betriebsarbeit vernachlässigen oder gar leugnen, dass sie eine wichtige Basis für die Fühlungnahme mit den Massen ist, irrt gewaltig. Die Partei braucht ihre Betriebsorganisationen, aber nicht als organisatorische Grundlage. Natürlich braucht sie ihr unterstehende Organisationen in den Betrieben. Die enge Verbindung zur Arbeiterklasse lässt sich nur mit Hilfe der Betriebsorganisationen aufbauen, also durch kommunistische Gruppen. Ich will es noch deutlicher machen: In Italien haben wir noch vor dem Faschismus ein solches Netz von Betriebsgruppen aufgebaut und diese Tätigkeit als wichtigste angesehen. In der Praxis sind es immer die kommunistischen Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen, die die spezifische Aufgabe, an die Massen heranzukommen, erfüllen, während es umgekehrt die Verbindung zur Partei ist, die ihnen die politischen und im weitesten Sinne des Wortes klassenbestimmten Inhalte liefert, so dass die Anstöße nicht nur aus der engen Berufs- und Fabrikosphäre kommen. Doch die politische Arbeit muss aus unserer Sicht in den Ortsgruppen geleistet werden.

Auf die Folgerungen, die in den Diskussionen vor dem italienischen Parteitag aus unserem Verhalten in dieser Frage gezogen wurden, kann ich jetzt nicht näher eingehen. Auf dem Parteitag selbst und in unseren Thesen haben wir die theoretische Frage über den Parteicharakter erschöpfend behandelt. Unser Standpunkt, wurde behauptet, sei kein Klassenstandpunkt; wir hätten verlangt, die Partei solle heterogenen Personen, wie z.B. Intellektuellen, größeren Handlungsspielraum lassen. Diese Aussage ist falsch. Wir widersetzen uns ja nicht den einzig auf Betriebszellen aufgebauten Organisationen, weil in der Partei dann ausschließlich Arbeiter Mitglieder wären. Wovor wir einen heiligen Schrecken haben, ist der Labourismus, das Arbeitertümlertum, die schlimmste antimarxistische Gefahr. Die Partei ist eine proletarische, weil sie

auf dem historischen Weg der Revolution, des Kampfes für die kommunistischen Ziele ist, die allein der Arbeiterklasse angehören. Das ist es, was aus einer Partei eine proletarische macht, nicht aber das formelle Kriterium ihrer sozialen Zusammensetzung.

Das, was den Charakter der Partei kompromittiert, ist nicht die aktive Teilnahme all derjenigen an der Parteiarbeit, die ihre Doktrin annehmen und für ihre Klassenziele kämpfen wollen. Alles, was sich auf diesem Gebiet zugunsten der Betriebszellen sagen lässt, ist vulgäre Demagogie, die sich zwar auf die Lösung der Bolschewisierung stützt, uns aber direkt dahin führt, den Kampf des Marxismus und Leninismus gegen die banalen mechanischen und defätistischen Auffassungen des Opportunismus und Menschewismus zu verleugnen.

Gegen das innerparteiliche Regime des ideologischen Terrors

Ich komme nun zu einer anderen Seite der Bolschewisierung, zum innerparteilichen Regime und dem der Kommunistischen Internationale.

Es ist noch etwas anderes angesprochen worden: Was allen Sektionen fehle, sei die eiserne Disziplin, für die die bolschewistische Partei beispielhaft sei. Man erlässt ein absolutes Verbot der Fraktionsbildung und verpflichtet alle Parteikämpfer, sich unabhängig von ihrer Ansicht an der gemeinsamen Arbeit zu beteiligen. Ich bin der Meinung, dass die Frage der Bolschewisierung auch auf diesem Gebiet in einer sehr demagogischen Art und Weise gestellt worden ist.

Kann einem jeden erlaubt sein, eine Fraktion zu bilden? Wird die Frage so gestellt, wird jeder Kommunist mit nein antworten. Aber so darf die Frage nicht gestellt werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die angewandten Methoden weder der Partei noch der Internationale nützen. Die Frage der Disziplin muss aus marxistischer Sicht anders und sehr viel umfangreicher gestellt werden. Man sagt uns: Was wollt ihr denn? Soll die Partei wie ein Parlament funktionieren, wo jeder das demokratische Recht hat, um die Macht zu kämpfen und die Mehrheit hinter sich zu bringen? So aber ist die Frage nur rhetorisch gestellt, darauf lässt sich natürlich nur antworten: Klar sind wir gegen ein solch lächerliches Regime.

Fest steht, wir brauchen eine in sich geschlossene Kommunistische Partei, ohne Meinungsverschiedenheiten und ohne verschiedene Gruppierungen. Doch ist dies kein Prinzip a priori, kein Dogma. Es ist ein Ziel, das im Laufe der Entwicklung erkämpft werden kann und muss und zur Bildung einer wahrhaft Kommunistischen Partei führt, dahin, alle ideologischen, taktischen und organisatorischen Fragen richtig zu stellen und zu lösen. Innerhalb der Arbeiterklasse bestimmen die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die verschiedenen Gruppierungen leben, die Aktionen und Initiativen im Klassenkampf. Der politischen Partei fällt die Aufgabe zu, all das zu bündeln und zu vereinheitlichen, was diese Aktionen vom Standpunkt der revolutionären Ziele der Weltarbeiterklasse aus miteinander gemein haben. Dass sich die Partei auf dem richtigen Weg befindet und ihre Aufgaben erfüllt, dass ihre Reihen geschlossen sind, zeigt sich daran, dass die internen Meinungsverschiedenheiten aufhören und die Fraktionskämpfe verschwinden. Tauchen jedoch Meinungsverschiedenheiten auf, wird daran sichtbar, dass die Partei Fehler gemacht hat und abweichende Tendenzen, die an bestimmten Wendepunkten in der allgemeinen Lage in der Arbeiterbewegung zutage treten, nicht positiv zu bekämpfen vermag. Kommen Fälle von Disziplinbrüchen vor, ist das ein Symptom dafür, dass die Partei diese Fähigkeit noch nicht besitzt. Disziplin ist also ein Ergebnis, kein Ausgangspunkt, keine Plattform, die als unerschütterlich angesehen werden könnte. Der Zusammenhang mit dem Charakter des aus eigenem Antrieb erfolgenden Beitritts zu unserer Parteiorganisation liegt übrigens auf der Hand. In einer Art „Partei-Strafgesetzbuch“ können wir also kein Heilmittel gegen sich häufende Fälle von Disziplinbrüchen finden.

Nun ist in letzter Zeit in unseren Parteien ein Terrorregime errichtet worden, eine Art Sport, der darin besteht einzuschreiten, zu strafen, zu demütigen und zu unterdrücken, und das alles mit einer besonderen Hingabe, als ginge es darum, das Ideal des Parteilebens zu verwirklichen. Die Helden dieser brillanten Operationen scheinen gar zu glauben, damit revolutionäre Entschlossenheit und Tatkraft unter Beweis zu stellen. Ich dagegen halte jene Genossen für Revolutionäre, die das Objekt dieser Ausnahmeregeln sind und sie geduldig hinnehmen, um die Partei nicht kaputt zu machen. Ich denke, dieser Kraftaufwand, dieser Sport, dieser Kampf innerhalb der Partei hat nichts zu tun mit der revolutionären Arbeit, die wir zu leisten haben. Der Tag wird kommen, an dem wir den Kapitalismus zu treffen und zu zerschlagen haben, und

eben auf diesem Terrain wird unsere Partei den Beweis ihrer revolutionären Kraft liefern müssen. Wir wollen in der Partei keine Anarchie, aber ebenso wenig ein Regime anhaltender Repressalien, das alles andere als der Beweis ihrer Einheit und Festigkeit ist.

Heute wird folgender Standpunkt eingenommen: Die Parteileitung ist immer da; sie kann tun, was sie will, denn die Partei hat immer Recht, wenn sie Maßregeln gegen diejenigen ergreift, die sich widersetzen, wenn sie Intrigen gegen sich vereitelt und gegnerische Gruppen zerschlägt. Doch es ist kein Verdienst, Revolten zu unterdrücken, wichtig wäre, keine zu haben. Die Einheit der Partei lässt sich an den erreichten revolutionären Resultaten abmessen, nicht an einem Regime der Drohungen und des Terrors. Dass in unseren Statuten Sanktionen notwendig sind, ist klar. Sie dürfen aber nur für Ausnahmefälle gelten und nicht zu einem normalen und andauerndem Vorgehen in der Partei werden. Wenn es Mitglieder gibt, die offenkundig vom gemeinsamen Weg abgehen, werden natürlich Maßnahmen gegen sie ergriffen. Wenn aber in einer Gemeinschaft der Rückgriff auf ein „Strafgesetzbuch“ zur Regel wird, dann ist es in dieser Gemeinschaft wohl nicht aufs Beste bestellt. Sanktionen dürfen nur ausnahmsweise angewandt werden, nicht aber eine Regel, ein Art Sport, ein Ideal der Parteiführer sein. Das ist, was geändert werden muss, wenn wir aus der Partei einen festen Block schmieden wollen.

In den vorgelegten Thesen sind hierzu einige gute Ansätze enthalten. Man nimmt sich vor, etwas mehr Freiraum zuzugestehen. Vielleicht ist es dafür ein bisschen spät. Vielleicht glaubt man, den „Besiegten“, die sich nicht mehr erheben können, etwas mehr Freiraum geben zu können. Aber lassen wir die Thesen beiseite und sehen uns die Tatsachen an. Es hieß immer, unsere Parteien müssten auf Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. Vielleicht sollten wir für die Demokratie doch einen anderen Ausdruck finden. Wie auch immer, es ist die Formel Lenins. Wie verwirklicht sich der demokratische Zentralismus? Durch die Wählbarkeit der Genossen, durch ein Abstimmungsverfahren in der Partei zur Lösung bestimmter Fragen. Natürlich bringt so eine Regel für eine revolutionäre Partei Ausnahmen mit sich. Es ist im Parteileben durchaus zweckmäßig, wenn die Zentrale in bestimmten Situationen sagt: Genossen, normalerweise müsste die Partei euch abstimmen lassen, aber da wir uns im Kampf gegen den Feind gerade in einem gefährlicher Moment befinden und keine Minute zu verlieren ist, handeln wir, ohne euch zu fragen. Gefährlich wird es nur, wenn der Anschein einer Abstimmung erweckt wird, es sich aber um ein Vorgehen von oben handelt, wenn der Umstand ausgenutzt wird, dass die Zentrale den gesamten Parteiapparat und die Presse in Händen hält und für ihre Zwecke einsetzt. Wir haben in Italien gesagt, wir erkennen die Diktatur an, aber wir hassen diese „Giolitti-Methoden“. Ist die bürgerliche Demokratie nicht ein Mittel des Betrugs? Ist es denn diese Demokratie, die ihr euch vornehmt uns zuzugestehen und in der Partei verwirklichen zu wollen? Dann aber wäre uns eine Diktatur lieber, die den Mut hat, sich nicht heuchlerisch zu maskieren. Entweder errichten wir eine wirklich demokratische Form in der Partei, d.h. eine Demokratie, die die Zentrale befähigt, den Parteiapparat in der richtigen Art und Weise zu gebrauchen, oder es wird sich unweigerlich eine Stimmung vor allem unter den Arbeitern breit machen, die von Unzufriedenheit und Missstimmung geprägt ist. Wir brauchen ein gesünderes Regime in der Partei. Es ist absolut notwendig, ihr die Möglichkeit zu geben, sich eine Meinung zu bilden und diese offen zu vertreten. Auf dem italienischen Parteitag sagte ich, der Fehler habe darin bestanden, innerhalb der Partei keinen klaren Unterschied zwischen Agitation und Propaganda gemacht zu haben. Agitation wird unter der großen Masse betrieben, wobei es darum geht, bestimmte einfache Gedanken klar darzulegen, während die Propaganda einen relativ engen Kreis von Genossen anspricht, um eine größere Anzahl komplizierterer Gedanken zu erläutern. Der Fehler besteht darin, innerhalb der Partei nur Agitation betrieben zu haben, die Masse der Parteimitglieder als im Prinzip Minderbemittelte anzusehen, als Leute, die in Bewegung gesetzt werden können, nicht aber als wirkenden Faktor der gemeinsamen Arbeit. Eine mittels auswendig gelernter Thesen betriebene Agitation ist insoweit vorstellbar, wie es darum geht, große Massen in Bewegung zu setzen, und die Faktoren Wille und Bewusstsein nur eine sekundäre Rolle spielen. In der Partei hingegen liegen die Dinge anders. Wir verlangen, mit diesen Agitationsmethoden innerhalb der Partei Schluss zu machen. Die Partei muss jenen Teil der Arbeiterklasse um sich scharen, der Klassenbewusstsein besitzt und bei dem dies Vorrang hat – es sei denn, ihr seid für eine Theorie der Elite, jene Theorie, der einst wir bezichtigt wurden. Die gesamte Masse der Parteimitglieder muss ein kollektives politisches Bewusstsein erarbeiten und die Fragen, vor denen die Kommunistische Partei steht, umfassend untersuchen. Das innerparteiliche Regime dahingehend zu ändern, ist von höchster Dringlichkeit.

Nun zu den Fraktionen. Meiner Ansicht nach sollte die Frage der Fraktionen nicht unter moralischem oder strafgesetzlichem Aspekt gestellt werden. Gibt es in der Geschichte ein einziges Beispiel dafür, dass ein Genosse eine Fraktion gegründet hätte, um sich zu vergnügen? Das hat es nie gegeben. Gibt es in der Geschichte einen einzigen Fall, in dem der Opportunismus tatsächlich mittels Fraktionen in die Partei eingedrungen wäre, in dem die Organisation von Fraktionen Grundlage der Mobilisierung der Arbeiterklasse gewesen und die revolutionäre Partei nur durch das tatkräftige Handeln der Fraktionsgegner gerettet worden wäre? Die Erfahrung zeigt im Gegenteil, wie der Opportunismus stets unter dem Schein der Geschlossenheit in unsere Reihen eindringt. Sein Interesse ist, möglichst große Massen hinter sich zu bringen, weshalb er seine Forderungen stets im Namen der Einheit aufstellt. Im Allgemeinen zeigt die Geschichte der Fraktionen, dass sie nicht den Parteien zur Ehre gereichen, innerhalb derer sie sich bilden, sondern den Genossen, die sie bilden. Die Geschichte der Fraktionen ist die Geschichte Lenins, es ist nicht die Geschichte der Anschläge auf revolutionäre Parteien, sondern die ihrer Klärung und ihrer Abwehr gegen opportunistische Einflüsse.

Wenn behauptet wird, der Versuch einer Fraktionsbildung sei direkt oder indirekt ein bürgerliches Manöver, um die Partei zu infiltrieren, muss das belegt werden. Dass ein solches Manöver mithilfe von Fraktionsbildung stattfindet, glaube ich kaum. Auf dem italienischen Parteitag ist die Frage von uns in Bezug auf die Linke unserer Partei gestellt worden. Wir kennen alle die Geschichte des Opportunismus. Wann wird eine Gruppe zur Trägerin des bürgerlichen Einflusses in einer Arbeiterpartei? Solche Gruppen fanden sich meist unter den Gewerkschaftsfunktionären oder Parlamentsvertretern, oder unter Genossen, die sich, wenn es um Fragen der Strategie und Taktik ging, zum Sprachrohr der Klassenkollaboration, des Bündnisses mit anderen sozialen und politischen Gruppierungen machten. Bevor man von zu zerschlagenden Fraktionen redet, müsste zumindest der Beweis erbracht werden, dass sie in Verbindung zur Bourgeoisie oder bürgerlichen Kreisen stehen oder persönliche Beziehungen zu ihnen unterhalten. Kann dieser Nachweis nicht erbracht werden, ist den historischen Ursachen der Fraktionsbildung nachzugehen, statt sie von vornherein zu verdammen.

Die Bildung einer Fraktion zeigt an, dass in der Partei irgendetwas nicht stimmt. Um dem Übel abzuhelfen, müssen die historischen Ursachen zurückverfolgt werden, die den Missstand hervorgerufen bzw. die Fraktionsbildung oder Absicht dazu begründet haben; und die Ursachen liegen in ideologischen und politischen Fehlern der Partei. Die Fraktionen sind nicht die Krankheit, sondern ein Symptom, und wenn der kranke Organismus geheilt werden soll, sollten nicht die Symptome bekämpft werden, sondern es sollte versucht werden, die Ursachen zu diagnostizieren. Im Übrigen haben wir es in den meisten Fällen nicht etwa mit Genossen zu tun, die eine gesonderte Fraktion oder ich weiß nicht was schaffen wollen; vielmehr haben wir Ansichten, Strömungen, vor uns, die in der normalen, geregelten und gemeinsamen Parteiarbeit Gehör finden wollen. Mit der Jagd auf Fraktionen, den Verleumdungskampagnen, den Überwachungen und dem Misstrauen gegenüber Genossen – alles Methoden, die sich in den obersten Parteisichten breit machen, und in Wirklichkeit den schlimmsten Fraktionismus beinhalten – hat sich der Zustand unserer Bewegung nur verschlechtert, denn jede begründete und objektive Kritik wird in die Ecke des Fraktionismus gedrängt.

Mit solchen Methoden werden wir die Einheit der Partei nicht herstellen; es wird bloß ein Regime etabliert, das die Partei unfähig und ohnmächtig macht. Eine radikale Änderung der Arbeitsmethoden ist dringend notwendig. Andernfalls wird das äußerst schwerwiegende Folgen haben.

Die Krise in der französischen Partei liefert uns ein Beispiel dafür. Wie wurde dort gegen die Fraktionen vorgegangen? Sehr schlecht – z.B. bei der entstehenden syndikalistischen Fraktion. Aus der Partei ausgeschlossene Genossen sind auf ihre alten Vorlieben zurückgekommen und geben eine Zeitung heraus, in der sie ihre Gedanken darlegen. Ja, sicherlich handeln sie falsch, aber die Gründe dieser ersten ideologischen Abweichung liegen nicht in den Launen der bösen Buben Rosmer¹ und Monatte². Sie sind vielmehr in den Fehlern der französischen Partei und der gesamten Internationale zu suchen.

¹ Rosmer, Alfred (1877-1964): Syndikalist, später Mitglied der Führung der KPF sowie des EKKI. Wegen Unterstützung Trotzki's und Kritik an der Bolschewisierung Ende 1924 aus der KPF ausgeschlossen.

² Monatte, Pierre (1881-1960): Syndikalist, 1923-24 Mitglied der KPF. Aufgrund der Kritik an der Bolschewisierung Ende 1924 aus der Partei ausgeschlossen.

Nachdem wir den theoretischen Kampf gegen die syndikalistischen Irrtümer aufgenommen hatten, gelang es uns, breite Arbeiterschichten dem Einfluss der Syndikalistinnen und Anarchisten zu entziehen. Jetzt haben diese Auffassungen wieder Konjunktur. Warum? Auch weil das innerparteiliche Regime, der übertriebene Machiavellismus, einen negativen Eindruck auf die Arbeiterklasse gemacht und das Wiederauftreten dieser Theorien ermöglicht hat, wie auch des Vorurteils, wonach die politische Partei an und für sich etwas Schmutziges sei und nur der ökonomische Kampf die Arbeiterklasse retten könne. Diese Grundirrtümer drohen im Proletariat wieder an Boden zu gewinnen und die KI und die kommunistischen Parteien waren nicht imstande, durch die Tatsachen selbst und durch einfache theoretische Erklärungen zu zeigen, worin der wesentliche Unterschied zwischen der Politik im revolutionären und leninistischen Sinne und der Politik der alten sozialdemokratischen Parteien liegt, deren Versumpfung vor dem Krieg als Reaktion den Syndikalismus hervorgerufen hatte.

Wenn bei den französischen Arbeitern die alten Theorien des wirtschaftlichen Kampfes und die Absage an jede politische Tätigkeit gewisse Erfolge verzeichnen konnte, liegt das daran, dass man in der politischen Linie der KPF eine ganze Reihe Fehler durchgehen ließ.

[Semard³: Sie sagen, die Fraktionsbildung habe ihre Ursachen in den Fehlern seitens der Parteileitung. Die rechte Fraktion in Frankreich bildet sich jedoch gerade in dem Moment, in dem die Zentrale ihre Fehler einsieht und sie korrigiert.]

Genosse Semard, wenn Sie dereinst vor den lieben Gott nur mit dem Verdienst treten wollen, Ihre Fehler eingesehen zu haben, so werden Sie für Ihr Seelenheil zu wenig getan haben.

Genossen, ich glaube, es ist notwendig, durch unsere proletarische Strategie und Taktik die Fehler der anarcho-syndikalistischen Elemente bloßzulegen. In der Arbeiterklasse ist nun der Eindruck entstanden, die Zustände in der Kommunistischen Partei seien die gleichen wie in den anderen politischen Parteien, weshalb uns ein gewisses Misstrauen nicht wundern darf. Ein Misstrauen, das seinen Grund in den Methoden und Manövern hat, die in unseren Reihen benutzt werden. Es stellt sich so dar, als handelten wir nicht nur nach außen, sondern auch im internen Parteileben so, als sei die richtige „Politik“ eine Kunst, eine allen Parteien eigene Technik, als würde mit einem machiavellistischen Handbuch der politischen Geschicklichkeit in der Tasche gearbeitet. Die Partei der Arbeiterklasse aber hat die Aufgabe, eine neue Form der Politik einzuführen, die mit den gemeinen und schäbigen Methoden des bürgerlichen Parlamentarismus nichts zu schaffen hat. Wenn wir dem Proletariat das nicht zeigen können, werden wir nie einen starken und lebendigen Einfluss gewinnen und die Anarcho-Syndikalistinnen werden das Spiel gewonnen haben.

Was die rechte Fraktion in Frankreich angeht, sage ich unumwunden, sie im Allgemeinen für ein gesundes Phänomen und nicht für einen Beweis des Eindringens kleinbürgerlicher Elemente in die Partei zu halten. Auch wenn ihre Theorie und Taktik falsch sind, ist sie doch auch eine zum Teil sehr nützliche Reaktion gegen die politischen Fehler und das schlechte Regime der Parteileitung. Diese ist allerdings nicht allein für die Fehler verantwortlich; es ist die allgemeine Linie der Internationale, die zur Fraktionsbildung geführt hat. Natürlich ist mein Standpunkt in der Frage der Einheitsfront absolut gegensätzlich zu dem der französischen Rechten, ich halte es deswegen aber nicht für falsch, wenn sie sagt, die Beschlüsse des V. Kongresses seien unklar und völlig unbefriedigend. Denn einerseits wird die Einheitsfront von oben in vielen Fällen befürwortet, andererseits wird erklärt, die Sozialdemokratie sei der linke Flügel der Bourgeoisie und wir müssten uns zum Ziel setzen, ihre Führer zu entlarven. Ein völlig unhaltbarer Standpunkt. Die französischen Arbeiter sind einer solchen Anwendung der Einheitsfronttaktik, wie sie in Frankreich praktiziert wurde, müde. Natürlich sind verschiedene Führer der französischen Opposition auf einem falschen und dem wirklich revolutionären diametral entgegengesetzten Weg, wenn sie ihre Schlüsse im Sinne einer „loyalen“ Einheitsfront und einer Koalition mit der Sozialdemokratie ziehen.

³ Semard, Pierre (1887-1942): Syndikalist, Führer der Eisenbahnergewerkschaft; Generalsekretär der KPF von 1924-29. Er machte loyal alle Kurswechsel mit und gehörte auch nach 1929 dem Politbüro an. 1939 verhaftet und 1942 von den Deutschen erschossen.

Wird die Frage der Parteirechten auf die Frage reduziert, ob man an einer Zeitschrift, die außerhalb der Kontrolle der Partei steht, mitarbeiten dürfe, kann es selbstverständlich nur eine Antwort geben. Aber allein damit kommt man auch nicht weiter. Es geht darum, die Fehler zu korrigieren und die politische Linie der französischen Partei, und in vielen Fragen auch der Internationale, sorgfältig zu prüfen. Das Problem wird nicht gelöst, wenn man die Opposition, Lorient⁴ usw., nach den Regeln eines kleinen Katechismus über persönliches Verhalten beurteilt. Um die Fehler zu korrigieren, genügt es nicht, Köpfe rollen zu lassen, es sind auch die ursächlichen Fehler zu finden, die Fraktionen entstehen und erstarken lassen.

Es heißt: Um im schwierigen Prozess der Bolschewisierung die Fehler aufzudecken, gibt es die Internationale; es ist die Mehrheit der Internationale, die einzugreifen hat, wenn eine Parteizentrale schwere Fehler macht; das ist die Garantie gegen Abweichungen innerhalb der nationalen Sektionen. In der Praxis jedoch hat dieses System versagt. Wir haben in Deutschland ein Beispiel für ein solches Eingreifen seitens der Internationale gesehen. Die Zentrale der KPD war übermächtig geworden und erdrückte jede Opposition; dennoch stand jemand über ihr, der in einem bestimmten Moment alle Vergehen und alle von der Zentrale begangenen Fehler bestrafte – das war die Moskauer Exekutive mit ihrem Offenen Brief.⁵ Ist das ein gutes Vorgehen? Wohl nicht. Welche Folgen hat ein solches Handeln? Wir haben das in Italien bei den Diskussionen im Vorfeld des III. Parteitages gesehen. Ein guter, ausgesprochen orthodoxer Genosse wird zum deutschen Parteitag entsandt. Er sieht, dass alles wunderbar läuft, die erdrückende Mehrheit für die Thesen der Internationale stimmt und völlig einmütig, mit Ausnahme einer zu vernachlässigenden Minderheit, die neue Zentrale wählt. Der italienische Delegierte kehrt heim und legt einen die deutsche Partei sehr lobenden Bericht vor. Er schreibt einen Artikel, in dem er sie als Vorbild einer bolschewistischen Partei darstellt; kann sein, dass daraufhin mehrere Genossen unserer Opposition zu Anhängern der Bolschewisierung wurden. Aber zwei Wochen später erscheint der Offene Brief der Exekutive... Man erfährt, dass es um das innerparteiliche Leben der KPD sehr schlecht stehe, es dort eine Diktatur gebe, die gesamte Taktik völlig falsch sei, dass schwere Fehler gemacht würden, es starke Abweichungen gebe, die Theorie nicht leninistisch sei. Davon, dass die deutsche Linke auf dem V. Kongress zur durch und durch bolschewistischen Zentrale proklamiert wurde, ist keine Rede mehr; sie wird gnadenlos ausrangiert, wobei die gleichen Methoden benutzt werden wie zuvor gegenüber der Rechten. Auf dem V. Kongress hieß es: „Es ist alles Brandlers Schuld“, und nun: „Es ist alles Ruth Fischers Schuld“. So lässt sich die Sympathie der Arbeitermassen wohl kaum gewinnen. Es sollte nicht einer Handvoll Genossen die Schuld an allen Fehlern zugeschoben werden. Es gab ja die Internationale, um den Gang der Ereignisse zu verfolgen, und diese sollte und durfte weder die Fähigkeiten der Führer noch ihre politischen Handlungen übersehen. Jetzt wird man sagen, dass ich die deutsche Linke verteidige, wie man auf dem V. Kongress gesagt hat, ich verteidigte die Rechte. Nun, ich solidarisiere mich politisch weder mit der einen noch mit der anderen, ich bin allerdings der Ansicht, dass in beiden Fällen die Internationale die Verantwortung für die Fehler zu übernehmen hat, die Internationale, die sich vollkommen hinter diese Gruppen gestellt, sie als die beste Führung gelobt und ihnen die Partei anvertraut hatte.

Das Einschreiten des EKKI gegen die Parteizentralen war also in vielerlei Hinsicht nicht sehr glücklich. Es stellt sich die Frage: Wie arbeitet die Internationale, wie sind ihre Beziehungen zu den nationalen Sektionen und wie werden ihre leitenden Organe gewählt?

⁴ Lorient, Fernando (1870-1932): gehörte Anfang der 1920er Jahre der Leitung der KPF an. Wandte sich 1925 gegen den Parteiausschluss von Monatte, Rosmer, Souvarine (wegen Unterstützung Trozki und Kritik an der Bolschewisierung); 1926 aus der Partei ausgetreten, wechselte 1928 zu den Syndikalisten.

⁵ Die linke Führung (Fischer-Maslow), die im April 1924 die Leitung der Partei übernommen hatte, spaltete sich schon ein Jahr darauf erneut; der „ultralinke“ Flügel (Katz, Scholem, Rosenberg) weigerte sich, die aufgrund der Wirtschaftskonjunktur und des Drucks der Komintern-Führung eingeleiteten taktischen Änderungen („Bolschewisierung“, Einheitsfront auch von oben, Gewerkschaftseinheit usw.) anzunehmen. Ein Vierteljahr später, im August 1925, erfolgt mit dem Offenen Brief des EKKI an die KPD „eine weit tiefere Zäsur, die allein von Moskau vollzogen wurde“. Nach der Vereinigung mit der USPD von 1920 und der Ablösung der alten Führung im Dezember 1923 kann der „Offene Brief“, der wie „eine Bombe einschlug“, als die dritte entscheidende Wende in der Geschichte der KPD gelten. In ihm wird die KPD-Führung aufgefordert, u.a. alle in der Partei bestehenden Strömungen zu integrieren, eine ernsthafte Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen einzuleiten sowie den Einfluss in allen parteilosen Arbeiterorganisationen, vor allem den Gewerkschaften, zu stärken. Durch die Methode, zwar gegen die linken Führer, nicht aber gegen die „linke Politik“ vorzugehen, konnte die neue Parteileitung (Thälmann-Dengel) die überwältigende Mehrheit der Delegierten der I. Reichsparteikonferenz (November 1925) für sich gewinnen.

Ich habe bereits auf dem letzten Kongress unsere Arbeitsmethoden kritisiert. In unseren höchsten Organen und auf unseren Kongressen hapert es an kollektiver Zusammenarbeit. Das EKKI erscheint den Sektionen als etwas Fremdes, das mit ihnen debattiert, um dann aus ihrer Mitte heraus eine Fraktion zu wählen, die protegiert wird. Die anderen Sektionen unterstützen ebenfalls, gleich in welcher Frage, das nämliche Zentrum, weil sie sich dadurch eine bessere Behandlung erhoffen, wenn sie an der Reihe sind. Manchmal sind diejenigen, die auf diesen „Kuhhandel“ eingehen, auch nur bestimmte Gruppen von Spitzenfunktionären.

Es wird gesagt: Die internationale Führung ist mit der Hegemonie der russischen Partei gewährleistet, denn sie es ist, die die Revolution gemacht hat und hier findet sich der Sitz der Internationale: Es ist daher ganz richtig, den von der russischen Partei vorgelegten Beschlüssen ausschlaggebende Bedeutung beizumessen. An diesem Punkt taucht eine Frage auf, die wir zu Recht stellen müssen: Wie werden die internationalen Fragen von der russischen Partei gelöst?

Nach den letzten Ereignissen, nach der letzten Diskussion, reicht dieser Stützpfiler des gesamten Systems nicht mehr aus. Auf dem jüngsten russischen Parteitag⁶ haben Genossen miteinander diskutiert, die den Leninismus alle gleich gut kennen, die unbestreitbar alle das gleiche Recht haben, im Namen der revolutionären bolschewistischen Tradition zu sprechen, doch jeder benutzte gegen den anderen Lenin-Zitate und legte die russische Erfahrung zur Untermauerung des eigenen Standpunktes aus. Ich stelle diese Tatsache nur fest, ohne auf die inhaltliche Diskussion einzugehen.

Wer wird angesichts dieser Lage in letzter Instanz über die internationalen Fragen entscheiden? Man kann nicht mehr sagen: „die alte bolschewistische Garde“, denn dies lässt die Fragen praktisch unbeantwortet. Somit entzieht sich der erste Stützpfiler der Internationale unserer objektiven Beurteilung. Infolgedessen muss die Lösung eine ganz andere sein. Wir können unsere internationale Organisation mit einer Pyramide vergleichen. Diese Pyramide muss eine Spitze haben und gerade Linien, die auf diese Spitze zulaufen, wodurch die notwendige Einheit und Zentralisation hergestellt wird. Heute jedoch ruht unsere Pyramide aufgrund unserer Taktik auf der Spitze, sie muss daher wieder auf ihre Basis gestellt werden, damit sie sich im Gleichgewicht befindet. Die Schlussfolgerung, zu der wir in der Frage der Bolschewisierung gelangen, ist also die, statt einfache Änderungen nebensächlicher Natur einzubringen, das gesamte System wieder auf die Füße zu stellen.

Nach dieser Bilanz der vergangenen Tätigkeit der KI komme ich zur Untersuchung der aktuellen Lage und der zukünftigen Aufgaben. Wir alle stimmen in dem überein, was allgemein über die Stabilisierung des Kapitalismus gesagt wurde, so dass es nicht nötig ist, darauf zurückzukommen. Der Zerfall des Kapitalismus befindet sich in einer weniger akuten Phase. Die Lage präsentiert sich im Rahmen der allgemeinen Krise als schwankend. Wir haben stets die Perspektive des definitiven Zusammenbruchs des Kapitalismus vor Augen. Doch bei dieser Frage begehen wir meiner Ansicht nach einen Fehler, wenn sie nämlich auf die Einschätzung der objektiven Lage reduziert wird. Man kann auf verschiedene Art und Weise an die Frage nach den Aussichten herangehen. Genosse Sinowjew hat an sehr nützliche Sachen erinnert, als er von den zwei Perspektiven des Genossen Lenin sprach.⁷

Wären wir eine wissenschaftliche Institution zum Studium der gesellschaftlichen Ereignisse, könnten wir zu mehr oder weniger optimistischen Schlussfolgerungen gelangen, ohne die Dinge weiter zu vertiefen. Aber diese rein sachliche Perspektive reicht für eine revolutionäre Partei nicht aus, die bei allen Er-

⁶ Der 14. Parteitag der KPR fand im Dezember 1925 statt. In einem Brief des Zentralkomitees an alle Sektionen der KI wird die „Übertragung der Diskussion über die russische Frage in die Reihen der Komintern [für] unerwünscht“ erklärt. In einem Begleitbrief des Präsidiums des EKKI wird dies *ausdrücklich* befürwortet.

⁷ Sinowjew in seinem Bericht über die zwei Perspektiven der Entwicklung der Revolution: „Erstens die Perspektive eines schnellen Heranreifens revolutionärer Konflikte, in dessen Verlauf der Sieg der proletarischen Revolution binnen drei, vier oder fünf Jahren eintreten kann, und zweitens die Perspektive eines langsamen Reifens einer sich in die Länge ziehenden Entwicklung der Weltrevolution“ [Protokoll VI. EKKI, S. 16].

Auf dem V. Weltkongress war die Stabilisierung des Kapitalismus als „Ära des demokratischen Pazifismus“ bezeichnet worden, jetzt wurde von einer „*schwankenden* Stabilisierung des Kapitalismus“ gesprochen.

eignissen mitwirkt, die selbst einer ihrer Faktoren ist und ihre Aufgabe – die einerseits in der genauen Kenntnis der Phänomene und ihrer jeweiligen Funktion, andererseits in ihrem Willen und Handeln besteht – nicht metaphysisch erfüllen kann. Unsere Partei muss deshalb stets an ihre Zielsetzung gebunden bleiben, sich stets die revolutionäre Perspektive vor Augen halten, auch wenn uns die Einschätzung der objektiven Lage zu pessimistischen Schlüssen kommen lässt. Wenn Marx 1848, 1859 und 1870 die Revolution erwartete und Lenin sie nach 1905 für 1907, also zehn Jahre vor ihrem Sieg, prophezeite, geht es nicht um die banale Frage, ob sie sich in der objektiven Beurteilung geirrt haben. Denn es zeigt sich im Gegenteil der revolutionäre Weitblick dieser großen Führer. Ebenso wenig handelt es sich um einen kindischen Übermut, der ständig die Revolution an die Tür klopfen hört. Es handelt sich um das wirkliche, trotz aller Schwierigkeiten der historischen Entwicklung bewahrte revolutionäre Vermögen. Die Frage der Perspektive ist für unsere Parteien ungeheuer wichtig und es sollte ihr auf den Grund gegangen werden. Ich halte es nun für ungenügend zu sagen: Die Situation hat sich in einem bestimmten, für uns negativen Sinne geändert, wir haben nicht mehr die Lage von 1920 – was die innere Krise in verschiedenen Sektionen und der Internationale erklärt und rechtfertigt. Dies kann uns wohl dabei helfen, die Ursachen gewisser Fehler zu erklären, rechtfertigt sie aber nicht. Vom politischen Standpunkt aus reicht uns das nicht. Wir können und dürfen das bestehende innerparteiliche Regime nicht resigniert als unabänderlich betrachten, weil die objektive Lage für uns ungünstig ist. So ist die Frage falsch gestellt. Es ist klar, dass, wenn unsere Partei ein Faktor der Ereignisse ist, sie zugleich auch deren Produkt ist, auch dann noch, wenn es uns gelingt, eine wirklich revolutionäre Weltpartei zu verwirklichen. Wie spiegeln sich nun die Ereignisse in der Partei wider? Derart, dass, wenn die Krise des Kapitalismus eine revolutionär günstige Lage gebiert, unsere Mitgliederzahl steigt und unser Einfluss auf die Massen wächst. Wenn dagegen in einem bestimmten Moment die Lage schlecht für uns ist, werden unsere Kräfte zahlenmäßig kleiner. Doch dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Theorie davon in Mitleidenschaft gezogen wird; nicht nur unsere Tradition, unsere Organisation, sondern auch die politische Linie müssen unversehrt bleiben.

Wenn wir glauben, allein eine fortgeschrittene Krisensituation des Kapitalismus könne die Parteien auf ihre revolutionäre Aufgabe vorbereiten, schaffen wir uns ein Schema ganz falscher Perspektiven, denn wir würden eine lange und akute Krisenperiode für unabdingbar halten, um unsere Partei zu festigen; und die wirtschaftliche Lage würde uns dann noch den Gefallen tun müssen, auch weiterhin revolutionär zu bleiben, damit wir zur Aktion kommen können. Wenn sich nach einer Periode, in der die Situation für uns ungünstig war, die Krise plötzlich verschärft, werden wir jedoch außerstande sein, sie zu nutzen, denn unsere Parteien würden sich dann, infolge der falschen Sichtweise, unweigerlich in einem Zustand der Verwirrung und Ohnmacht befinden. Was zeigt, dass wir aus den Erfahrungen mit dem Opportunismus in der II. Internationale keinen Nutzen gezogen haben. Vor dem Weltkrieg gab es unleugbar eine Blütezeit des Kapitalismus, der sich einer guten Konjunktur erfreute. Wenn dies in gewissem Sinne die opportunistische Zersetzung der II. Internationale erklärt, so rechtfertigt es doch nicht den Opportunismus. Wir haben diese Vorstellung bekämpft, und uns der Aussage, der Opportunismus sei eine notwendige und historisch determinierte Tatsache, widersetzt. Wir haben den Standpunkt vertreten, dass die Arbeiterbewegung dieser Sichtweise Widerstand leisten muss, und die marxistische Linke hat noch vor 1914 gegen den Opportunismus gekämpft sowie intakte und revolutionäre Arbeiterparteien gefordert.

Die Frage ist daher anders zu stellen. Auch wenn die Lage und die Perspektiven für uns ungünstig oder relativ ungünstig sind, dürfen die opportunistischen Abweichungen doch nicht resigniert hingenommen und damit gerechtfertigt werden, dass ihre Ursachen in der objektiven Situation lägen. Und wenn trotzdem eine innere Krise eintritt, müssen ihre Ursachen und die Mittel zur Abhilfe anderswo gesucht werden, nämlich in der Arbeit und in der politischen Linie der Partei, die noch nicht so gewesen sind, wie sie hätten sein sollen. Das bezieht sich auch auf die Frage der Führer, die Genosse Trotzki in der Vorrede⁸ zu seinem Buch „1917“, in seiner Analyse der Ursachen unserer Niederlagen aufwirft und mit deren Beantwortung ich völlig einverstanden bin. Trotzki spricht nicht von Führern, die, weil wir ihrer bedürften, vom Himmel gesandt werden. Nein, er stellt die Frage anders. Auch die Führer sind ein Produkt der Tätigkeit der Partei, ihrer Arbeitsweise und des Vertrauens, das sie zu erwerben verstanden hat. Wenn die Partei

⁸ Gemeint ist: „Die Lehren des Oktober“ vom September 1924. Nachdem sich im Sommer 1926 die „Vereinigte Opposition“ herausgebildet hatte, konnte Sinowjew gegenüber Trotzki eingestehen: „Wenn Sie nicht die *Lehren des Oktober* veröffentlicht hätten, hätten wir einen anderen Vorwand gefunden. (...) Wir mussten die alten Meinungsverschiedenheiten auf die jetzigen Meinungsverschiedenheiten abstimmen.“ Laschewitsch: „Wir haben also selbst den Trotzkiismus erfunden.“ Beide Zitate aus: Victor Serge: Leo Trotzki – Leben und Tod, S. 176; Europa Verlag, 1978.

trotz der schwankenden und oftmals ungünstigen Lage der revolutionären Linie folgt und opportunistische Abweichungen bekämpft, wird die Wahl der Führer und die Formierung des Generalstabes ohne große Schwierigkeiten vor sich gehen, so dass wir in der Phase des Entscheidungskampfes, wohl nicht immer einen Lenin, aber doch eine gefestigte und befähigte Leitung haben werden – worauf wir heute, beim gegenwärtigen Zustand unserer Organisationen, kaum hoffen dürfen.

Gegen die Einheitsfront mit der bürgerlichen Linken

Es gibt noch ein weiteres Schema von Perspektiven, das bekämpft werden muss und mit dem wir uns zu befassen haben, wenn wir von der rein ökonomischen Analyse zur Analyse der gesellschaftlichen und politischen Kräfte kommen. Allgemein herrscht nämlich die Ansicht vor, für unseren Kampf sei eine Regierung der kleinbürgerlichen Linken am besten. Dieses falsche Schema steht vor allem im Widerspruch zum ersten, wonach ja die kapitalistische Krise für uns günstige Bedingungen schaffe. Denn im Allgemeinen ist es so, dass die Bourgeoisie in einer Zeit wirtschaftlicher Krise zumeist eine Regierung der Rechtsparteien bevorzugt, um eine reaktionäre Offensive unternemen zu können, die objektiven Bedingungen für uns also wiederum negativ werden. Um das Problem marxistisch lösen zu können, müssen solche Gemeinplätze aufgegeben werden.

Dass eine Regierung der bürgerlichen Linken für uns in jedem Fall positiv sei, stimmt nicht: Das Gegenteil kann der Fall sein. Die Geschichte zeigt, wie töricht die Annahme ist, eine Regierung der vermeintlichen Mittelklassen könne uns unsere Aufgabe erleichtern und ihr liberales Programm uns erlauben, den Kampf gegen einen geschwächten Staatsapparat aufzunehmen.

Auch hier haben wir es mit einem falschen Verständnis der russischen Erfahrung zu tun. In der Februarrevolution 1917 wurde der Staatsapparat gestürzt und eine Regierung gebildet, die sich auf die Parteien der liberalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums stützte. Doch es ging daraus kein solider Staatsapparat hervor, der die zaristische Autokratie durch die ökonomische Herrschaft des Kapitals und eine moderne parlamentarische Vertretung ersetzt hätte. Bevor ein solcher Apparat hätte errichtet werden können, gelang es dem von der Kommunistischen Partei geführten Proletariat, die Regierung anzugreifen und die Macht zu erobern. Deshalb nun zu glauben, die Dinge würden in den anderen Ländern den gleichen Verlauf nehmen, die Regierung würde eines schönen Tages aus den Händen der bürgerlichen Parteien in die der intermediären Parteien übergehen, der Staatsapparat geschwächt und dem Proletariat es somit leicht fallen, ihn zu stürzen, ist eine völlig irrierte und vereinfachte Perspektive. Wie ist die Lage in den anderen Ländern? Lässt sich ein Regierungswechsel, also ein Übergang von einer Rechts- zu einer Linksregierung (wie z.B. in Frankreich vom „bloc national“ zum „cartel des gauches“) mit einer historischen Umwälzung des Staatsfundaments vergleichen? Möglicherweise kann das Proletariat eine solche Phase zur Stärkung seiner Positionen nutzen. Wenn wir es aber mit einem bloßen Regierungswechsel zu tun haben, besteht noch nicht die dem Kommunismus günstige, durch eine allgemeine Zersetzung des Staatsapparates gekennzeichnete Lage. Gibt es denn konkrete historische Beispiele für diese angebliche Entwicklung, aufgrund derer eine Linksregierung der Arbeiterrevolution den Weg geebnet hätte? Nein, gibt es nicht.

1919 kam in Deutschland eine bürgerliche Linke ans Ruder. Es hat sogar eine Zeit gegeben, in der die Sozialdemokratie an der Macht war. Trotz der militärischen Niederlage Deutschlands, trotz einer sehr ernsten Krise, hat der Staatsapparat keine wesentliche Transformation erfahren, die dem Proletariat den Sieg erleichtert hätte; und nicht nur scheiterte die kommunistische Revolution, sondern die Sozialdemokraten erwiesen sich sogar als ihr Henker.

Wenn wir durch unsere Taktik dazu beitragen, eine Linksregierung an die Macht zu bringen, ist das dann eine für uns günstigere Lage? Nein, überhaupt nicht. Die Auffassung, nach der die Mittelklassen einen anderen Staatsapparat als die Bourgeoisie schaffen könnten und dass deren Regierungszeit als Übergang zur Eroberung der Macht durch das Proletariat angesehen werden könnte, ist eine menschwistische Sichtweise.

Gewisse bürgerliche Parteien stellen ein Programm und Forderungen zu dem Zweck auf, die Mittelklassen zu gewinnen. Grundsätzlich haben wir es hier nicht mit einem Machtwechsel gesellschaftlicher Gruppe zu tun, sondern nur mit einer neuen Methode des Kampfes gegen uns, und wenn dann ein solcher Wechsel eintritt, können wir nicht behaupten, dies sei der beste Moment, um die Initiative zu ergreifen.

Gewiss können wir ihn ausnutzen, doch nur, wenn unsere vorhergehenden Stellungnahmen vollkommen klar gewesen sind und wir keine Linksregierung gefordert haben.

Ist z.B. der Faschismus in Italien als Sieg der bürgerlichen Rechten über die bürgerliche Linke anzusehen? *Nein*, der Faschismus ist mehr als das, er ist die Synthese zweier Verteidigungsmethoden der bürgerlichen Klasse. Das jüngste Vorgehen der faschistischen Regierung hat gezeigt, dass die klein- und halb-bürgerliche Zusammensetzung des Faschismus ihn nicht zu einem weniger direkten Träger des Kapitalismus macht. Als Massenorganisation (die faschistische Organisation zählt eine Million Mitglieder) versucht er die Mobilisierung breiter Massen mit Hilfe sozialdemokratischer Methoden zu bewerkstelligen, während zu gleicher Zeit die wütendste Reaktion gegen alle Gegner losgetreten wird, die den Staatsapparat anzugreifen wagen.

Der Faschismus hat auf diesem Gebiet Niederlagen erlitten, was unsere Anschauung über den Klassenkampf bestätigt. Was sich jedoch zunächst mit aller Deutlichkeit zeigt, ist die völlige Ohnmacht der Mittelklassen. In den letzten Jahren haben sie drei Entwicklungsstadien durchlaufen: 1919/20 kamen sie massenhaft in unsere revolutionären Versammlungen; 1921/22 stellten sie die Truppen der Schwarzhemden; 1923, nach dem Mord an Matteotti, gingen sie zur Opposition über; heute scharen sie sich wieder um den Faschismus. Sie schlagen sich immer auf der Seite des Stärkeren.

Noch etwas anderes ist anzumerken. In den Programmen fast aller Parteien und Linksregierungen findet sich der Grundsatz, dass, wenn auch die liberalen „Garantien“ für alle Geltung haben müssten, doch eine Ausnahme bei jenen Parteien zu machen sei, die das Ziel haben, die staatlichen Institutionen zu stürzen; damit sind natürlich die kommunistischen Parteien gemeint.

Die falsche Perspektive, nach der eine Linksregierung für uns vorteilhaft wäre, ist gleichbedeutend mit der Annahme, die Mittelklassen könnten eine Lösung herbeiführen, ohne die Machtfrage zu stellen. Meines Erachtens beruht die sogenannte neue Taktik, die in Deutschland und in Frankreich angewandt wurde und auf deren Grundlage in Italien der antifaschistischen Aventin-Opposition seitens der KPI der Vorschlag des Gegenparlaments gemacht worden ist, auf einem schweren Fehler.⁹ Und ich kann nicht verstehen, wie eine an revolutionären Traditionen so reiche Partei wie die deutsche die sozialdemokratischen Vorhaltungen ernst nehmen konnte, die Aufstellung eines eigenen Kandidaten habe Hindenburg in die Hände gearbeitet.¹⁰ Im Großen und Ganzen besteht die bürgerliche konterrevolutionäre Mobilisierung der Massen darin, einen politischen und historischen Gegensatz anstelle des Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu konstruieren, während die Kommunistische Partei eben auf diesem Klassendualismus beharrt, und nicht etwa weil er in gesellschaftlicher Hinsicht und auf dem Boden der parlamentarischen Regierungswechsel der einzig mögliche Dualismus wäre, sondern weil er historisch der einzige ist, der den gewaltsamen Sturz des Staatsapparats und die Errichtung des neuen Staats herbeiführen kann. Diesen Dualismus nun können wir den breiten Massen nicht durch theoretische Erklärungen und abstrakte Propaganda zu Bewusstsein bringen, sondern durch die Sprache unserer Taten und die Klarheit unseres politischen Standpunktes. Den bürgerlichen Antifaschisten die Bildung eines Gegenparlaments unter Teilnahme der Kommunisten vorzuschlagen, andererseits in unserer Presse zu schreiben, ihnen könne absolut kein Vertrauen entgegengebracht werden, und das Gegenparlament sei nur ein Mittel sie bloßzustellen, konnte in der Praxis nur bewirken, dass die breiten Massen den Sturz des Faschismus durch die Aventin-Parteien erwarteten und einen revolutionären Kampf und die Bildung eines Gegenstaates nicht auf Klassengrundlage, sondern auf Grundlage der Kollaboration mit kleinbürgerlichen Elementen und sogar kapitalistischen Gruppen für möglich hielten. Dieses Manöver hat jedenfalls nicht vermocht, die breiten Massen an der Klassenfront zusammenzuschließen. Nicht nur liefern die Beschlüsse des V. Kon-

⁹ Siehe: „1924-07-02 – Zweiter Bericht zum Faschismus“.

¹⁰ Die bürgerliche Rechte hatte für den 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl im April 1925 Hindenburg nominiert, worin ein Teil der deutschen Linken um Maslow sowie das EKKI mit Sinowjew einen Beweis für eine „monarchische Gefahr“ sahen. Es wurde dafür plädiert, den Kandidaten der Sozialdemokraten Braun zu unterstützen. Die KPD lehnte eine Änderung der Taktik ab und hielt an der Kandidatur Thälmanns fest. Nach der Wahl und dem Sieg Hindenburgs behauptete die SPD, dieser habe die Wahl indirekt wegen der Kandidatur Thälmanns gewonnen. Die KPD-Zentrale um Ruth Fischer schwenkte sofort auf einen neuen Kurs um und richtete einen „Offenen Brief“ an die Gewerkschaftsspitze und die SPD, womit praktisch die Einheitsfront von oben auf den Weg gebracht wurde.

gresses keine Grundlage für diese „neue Taktik“, sie widerspricht nach meiner Sicht auch den Prinzipien und dem Programm des Kommunismus.

Die drohende Versumpfung

Welches sind unsere Aufgaben für die Zukunft? Diese Versammlung wird sich mit diesem Problem nicht ernsthaft befassen können, ohne sich die grundlegende Frage der historischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der kapitalistischen Welt in ihrer ganzen Breite und Tiefe zu stellen. Zusammen mit den Fragen der revolutionären Strategie des Proletariats, der internationalen Bewegung der Bauern und der kolonialen und unterdrückten Völker ist die Staatspolitik der Kommunistischen Partei in Rußland heute für uns das Wichtigste. Es geht um die richtige Lösung der Frage der Klassenverhältnisse in Rußland, es geht darum, die notwendigen Vorgaben im Zusammenhang mit dem Einfluss auf die Bauern und die entstehenden kleinbürgerlichen Schichten zu ergreifen, es geht um den Kampf gegen den äußeren, heute rein wirtschaftlichen und diplomatischen, morgen vielleicht militärischen Druck. Da in den anderen Ländern noch keine revolutionäre Umwälzung stattgefunden hat, ist es notwendig, die gesamte russische Politik mit der allgemeinen revolutionären Politik des Proletariats aufs engste zu verknüpfen. Ich beabsichtige nicht, hier näher auf diese Frage einzugehen, ich will nur sagen: Auch wenn der wichtigste Rückhalt für diesen Kampf die Arbeiterklasse Rußlands und ihre Kommunistische Partei sind, ist es doch von grundlegender Bedeutung, sich ebenso auf das Proletariat der kapitalistischen Staaten zu stützen. Die Frage der russischen Politik kann nicht innerhalb des geschlossenen Kreises der russischen Bewegung gelöst werden, absolut zwingend ist die direkte Zusammenarbeit mit der gesamten KI.

Ohne diese wirkliche Zusammenarbeit wird es nicht nur für die revolutionäre Strategie in Rußland, sondern auch für unsere Politik in den kapitalistischen Staaten bedrohlich. Es könnten Strömungen entstehen, die auf die Schwächung der Rolle der Kommunistischen Parteien zielen. Auf diesem Terrain werden wir schon attackiert, natürlich nicht aus unseren eigenen Reihen, sondern von den Sozialdemokraten und Opportunisten, was mit unserer Taktik für die internationale Gewerkschaftseinheit und unserer Haltung gegenüber der II. Internationale in Zusammenhang steht.¹¹ Die unbedingte Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der kommunistischen Parteien wird hier wohl von keinem in Frage gestellt; doch müssen wir uns auf eine Strömung gefasst machen, die die kommunistischen Parteien durch Organe zu ersetzen sucht, die einen weniger eindeutigen und expliziten Charakter haben, die sich nicht auf den Boden des Klassenkampfes stellen und deren Funktion in der politischen Schwächung und Neutralisierung der revolutionären Bewegung besteht. Den Charakter unserer internationalen kommunistischen Parteiorganisation gegen jede liquidatorische Tendenz zu verteidigen, ist in der heutigen Situation unstreitig unsere gemeinsame Aufgabe.

Auf die Frage, ob die KI, nach unserer Kritik an ihrer allgemeinen Linie, so wie sie heute ist, für diese doppelte strategische Aufgabe in Rußland und in den anderen Ländern bereit steht und wir erwarten können, dass diese Versammlung die Diskussion aller russischen Fragen sofort in Angriff nimmt, ist zu unserem Bedauern mit Nein zu antworten. Eine ehrliche Überprüfung unseres innerparteilichen Regimes ist absolut unabdingbar. Außerdem müssen alle taktischen Fragen auf Weltebene und die politischen Probleme des russischen Staates auf die Tagesordnung gesetzt werden. All das ist jedoch ohne einen neuen Kurs, ohne eine radikale Änderung unserer Arbeitsweise nicht machbar.

Im vorgelegten Bericht und in den Thesen findet sich keine genügende Gewähr dafür. Was not tut, ist nicht ein offizieller Optimismus. Wir müssen verstehen, dass wir uns nicht mithilfe so dürftiger Mittel, wie wir sie hier nur zu oft gebrauchen, auf die Erfüllung der wichtigen Aufgaben, die vor dem Generalstab der Weltrevolution stehen, vorbereiten können.

¹¹ Auf nationaler Ebene vertrat die Linke stets die Position einer einheitlichen Gewerkschaft; auf internationaler Ebene hingegen trat sie für die Selbstständigkeit der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI, russische Abkürzung: „Profintern“) ein und wehrte sich gegen eine Verschmelzung mit dem von den sozialdemokratischen Parteien der „Zweieinhalbten Internationale“ dominierten Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB).

Siehe auch: „1924-07-07 – Zur Gewerkschaftstaktik“.

Quellen:

„VI Esecutivo allargato dell'IC – Discorso nella discussione sul rapporto dell'IC“: L'Unità, Nr. 53, März 1926.

Protokoll des VI. Plenums der Erweiterten Exekutive der KI, S. 122-144; Hamburg, 1926.